

Vorlage-Nr.: **1702-2018/DaDi**

Aktenzeichen: 519-017

Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Deistler, Martin

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Resolution "Aus Sorge um die Zukunft des öffentlichen Kreiskrankenhauses und die stationäre und ambulante öffentlichen Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg" – Antrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert die Landesregierung zu einer grundlegenden Gemeindefinanzreform auf. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die sozialen Infrastrukturen zu verbessern. Um die Gesundheitsvorsorge und die Altenpflege in öffentlicher Hand weiter aufrecht zu erhalten, um durch tarifliche und am Bedarf orientierte überprüfbare Personalbemessungen zu realisieren, muss die Landesregierung Kommunen und Landkreise mit öffentlich geführten Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen finanziell besser ausstatten.

Begründung:

Die Schuldenbremse und die Folgen des Beitrittes zur Hessenkasse haben katastrophale Auswirkungen auf die Entwicklung der Kommunen und somit auch auf die Gesundheitsvorsorge des Landkreises. Politikwissenschaftler Bajohr sagte hierzu „Die Ergebnisse des neoliberalen Staatsverständnisses, welches die Interessen der privaten Nutzer voranstellt und das Allgemeininteresse in der Gesundheit und Pflege darin hindert, für alle Bürger eine gute Versorgung anzubieten, treibt die wenigen öffentlichen Krankenhäuser in die Hände der Privaten.

DIE LINKE wirft mit dieser Resolution die Frage auf, ob der Landkreis Da/DI nach dem Beitritt zur Hessenkasse und der Umsetzung der Schuldenbremse in Zukunft weiterhin die Verluste der Einrichtungen zur Gesundheitsvorsorge übernehmen darf. Sollte aufgrund der Ausgestaltung des Hessenkassenvertrages eine Übernahme der Defizite durch den Landkreis Darmstadt Dieburg nicht mehr möglich sein, droht die Privatisierung von Teilen der Gesundheitseinrichtungen im Landkreis Darmstadt Dieburg.

Daher ist unsere Resolution an die Landesregierung zur grundlegenden Gemeinde- und Finanzreform nötig.